

Die nächste Nummer der „Neuen Freien Presse“ erscheint Montag nachmittags.

Amerika vor der Entscheidung.

Von Ladislaus Freiherrn v. Sengelmlüller.

Früherer österreichisch-ungarischer Botschafter in Washington.

Budapest, 9. März.

Die Welt ist aus den Fugen. Dinge, welche vor einigen Jahren undenkbar geschehen hätten, drohen jetzt zur Wirklichkeit zu werden, sind es zum Teile auch schon geworden. Der Eintritt der Vereinigten Staaten von Amerika in die Reihe unserer aktiven Feinde steht heute als widersinnige und das Gefühl empörende Eventualität vor uns.

Kein Interessengegensatz trennt uns von der amerikanischen Republik, keine feindseligen Erinnerungen bestehen in der öffentlichen Stimmung des einen Landes gegen das andere. Während achtzehn Jahre habe ich mein Vaterland in Washington vertreten. Die Möglichkeit, daß es zwischen unseren beiden Ländern zum Kriege kommen könnte, ist auch als ausgefallenstes Phantasiegebilde niemals in meinen Gedankenkreis eingetreten. Heute grinst uns diese Eventualität ins Gesicht.

So wenig als zwischen unseren Ländern besteht ein wirklicher Interessengegensatz zwischen Deutschland und Amerika. Wenn heute in weiten Kreisen jenseits des Ozeans unlangbar eine starke feindliche Strömung gegen Deutschland herrscht, so entspringt dieselbe weder aus dem Interesse noch aus den Traditionen des eigenen Landes, sondern aus eigentümlicher Mentalität und der durch diese der Macht unserer Feinde gebotenen Förderung. Im Gegensatz zu unserer hat die deutsche Einwanderung nach Amerika zu einer Epoche stattgefunden, da die dortige Regierung und öffentliche Meinung dieselbe ungehindert freudig begrüßten und in den neuen Anhänglingen einen wertvollen und leicht assimilierbaren Bevölkerungszuwachs sahen. Als solchen haben die eingewanderten Deutschen sich auch bewährt, im großen Bürgerkriege ihre Pflicht gegen ihr neues Vaterland vollumfänglich erfüllt. Während dieser schwersten Zeit der amerikanischen Geschichte sind auch die Sympathien in Deutschland voll auf Seiten der für die Aufrechthaltung der Union kämpfenden Nordstaaten gestanden, was bekanntlich weder in Frankreich und noch viel weniger in England der Fall war.

Heute, wo wir und Deutschland um unsere Existenz kämpfen, hat die Union mit letzterem die diplomatischen Beziehungen bereits abgebrochen. Formell ist dieser Abbruch mit uns noch nicht erfolgt, die Entscheidung darüber steht bei Mr. Wilson; da dieselbe in wenigen Tagen erfolgen dürfte, so wären Vermutungen über deren Ausfall überflüssig. Jedenfalls haben wir mit dessen Möglichkeit zu rechnen. Ob aus diesem Abbruch der Krieg hervorgehen wird, ist eine andere Frage. So wie dieselbe durch Mr. Wilsons bisheriges Vorgehen gestellt ist, hängt deren Entscheidung nicht von uns, auch nicht von Mr. Wilsons

ursprünglichen Zielen, sondern von den Folgerungen ab, welche er aus den möglichen Zufälligkeiten des uns durch unsere Feinde aufgezwungenen Notwehrkrieges zu ziehen sich bemüht glauben wird.

Natürlicherweise hat diese Haltung der amerikanischen Regierung in dem öffentlichen Empfinden der Mittelmächte Betrübnis, Bitterkeit und Enttäuschung erregt. Diese Gefühle werden durch eine leidenschaftslose Erwägung der Motive, welche zu jener Haltung geführt haben, wahrlich nicht gemildert. Daß in Amerika, namentlich in den Oststaaten der Union, die Sympathien in weiten und führenden Kreisen von Anfang an auf Seiten unserer Feinde standen, ist eine bekannte Tatsache. Insofern es sich hierbei um private Meinungen und Gefühle handelte, wäre hierüber nichts weiter zu sagen, denn das Recht jedes einzelnen Individuums, seine Sympathien der einen oder anderen Seite entgegenzubringen, ist unbestreitbar. Befremden und Bitterkeit mußte aber die leidenschaftliche und hysterische Art erregen, wie der durch jene Sympathien erzeugte Antagonismus gegen die Zentralmächte Ausdruck fand. Hierbei denke ich nicht nur an draufgängerische oder verbissene Parteigrößen. Vor wenigen Tagen habe ich eine Rede des ehemaligen Staatssekretärs Mr. Root gelesen, welche derselbe in Washington am 27. Januar gehalten und worin er die These ausgeführt hat, daß die Billigung des Prinzips, für welches die Zentralmächte in den Krieg eingetreten sind und welches in der Suprematie des Staatsinteresses über die Regeln der im Privatverkehr geltenden Ethik bestünde, den Untergang der amerikanischen Freiheit bedeuten würde. Mr. Root ist eine Stütze seines Landes, den ich als objektiv denkenden, wohlwollend fühlenden Staatsmann gekannt habe. Wie er dazu kommt, in dem möglichen Siege der Zentralmächte eine Bedrohung der Freiheit seines Landes zu sehen, scheint unerfindlich. Er hat bei dieser Äußerung offenbar das in Amerika so breitgetretene belgische Thema im Auge, verkennt aber, daß dasselbe nicht das Ausgangsmotiv, sondern ein Zwischenereignis des Krieges war, daß der Grundsatz der Suprematie des Staatsinteresses im Kriege zu allen Zeiten befolgt und von keiner Macht rücksichtslos und brutal verletzt worden ist als von England. Die Pointe gegen Amerika ist aber in diese Frage ganz willkürlich hineingelegt.

Die Beweggründe dieser Gefühlsströmungen und Meinungsverirrungen sind verschiedener Art. Bewußt oder unbewußt fällt hierbei die Ursprungs- und Sprachgemeinschaft mit England am meisten ins Gewicht. Enoibismus spielt auch mit eine Rolle, vielleicht mehr noch als materielle Interessen. Von den mindest achtbaren Motiven ist zweifellos ohne die unter dem Einfluß der Entente stehende Presse der Oststaaten geleitet.

Im Gegensatz zu diesen Strömungen hatte sich Mr. Wilson auf den Standpunkt der Neutralität gestellt. In einer bemerkenswerten Rede hatte er vor zwei Jahren seinen Landsleuten die Befolgung einer wahren und aufrichtigen Neutralität auch in ihren privaten Auffassungen und Äußerungen ans Herz gelegt. Wie verhält sich nun seine Handlungsweise zu dieser Empfehlung?

Auf dem Papier ist die amerikanische Regierung bis in die jüngste Zeit allerdings neutral geblieben. Wie aber